

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 3: Einbürgerung der Kunst? : Um ein neues Selbstverständnis der Kritik

Rubrik: Kommentare und Bericht

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare und Berichte

BRESCHNEWS RÜCKSCHLÄGE UND ERFOLGE

Wenn keine überraschenden Ereignisse in den kommenden Monaten eintreten werden, so hat Leonid Breschnew die bisher schwerste Periode in seiner politischen Karriere überstanden. Im Spätherbst 1968 und im Winter 1969 war das Herrschaftssystem des Nachfolgers Chruschtschew von einer ernsten Krise bedroht. Breschnews Doktrin von einem uneingeschränkten Interventionsrecht in Osteuropa hat eine weltweite Front der Opponenten heraufbeschworen. Die westlichen Regierungen von den USA über Grossbritannien, Frankreich, Bundesrepublik und Italien bis zu den Benelux-Staaten und skandinavischen Ländern, die die Beziehungen mit Moskau nach dem Konzept der friedlichen Koexistenz pflegten, haben nach der Verkündung dieser Doktrin die bisherige diplomatische Taktik einer kritischen Prüfung unterzogen. Für den Kreml entstand die Gefahr, dass alle die Vorteile, die Chruschtschew seinem Rivalen überlassen hatte, verschwinden werden. Auch im Ostblock hat die Selbstentlarvung der imperialistischen Triebkräfte und Zielsetzungen der sowjetischen Politik ungeachtet der servilen Loyalitätserklärungen der meisten Machthaber die traditionelle antirussische Atmosphäre verdichtet. Auch die meisten westeuropäischen Kommunisten haben sich mehr oder weniger scharf gegen das Konzept Breschnews ausgesprochen. Rotchina, das bis dahin durch die Kulturrevolution erschüttert wurde, entschloss sich in kürzester Zeit, die innere Lage zu stabilisieren, um eine neue Offensive gegen Moskau zu entfesseln. Das titoistische Jugoslawien hat gleich nach dem Überfall auf die CSSR eine schroffe anti-sowjetische Position bezogen.

Gefahr der Isolierung

Statt des erhofften Macht- und Prestigezuwachs trat eine entgegengesetzte Erscheinung des Autoritäts- und Vertrauensschwundes ein. Der Kreml hat die Gefahr einer Isolierung konstatiert. Auch die Entwicklung der wichtigsten beiden Krisenherde – Vietnam und der Nahe Osten – nahm eine Richtung an, die vom Standpunkt der sowjetischen Interessen wenig Erfreuliches enthielt. Durch den Start der Pariser Dreier-Verhandlungen (USA, Saigoner Regime, Vietkong) wurde der sowjetische Einfluss auf den Gang der Ereignisse in Südostasien weitgehend reduziert. Arabische Nationalisten wiederum erblickten in der sowjetischen Intervention gegen die CSSR eine grosse Chance für die Ankurbelung einer militanten und auf eine Kollision ausgehenden Guerilla-Taktik, wodurch sich für Moskau das Risiko eines indirekten Hineinschlitterns in einen neuen Krieg im Nahen Osten erhöhte.

Breschnew hat noch auf dem polnischen kommunistischen Parteitag und auf der Kundgebung in einer Warschauer Fabrik Mitte November 1968 die imperialistische Grossmachtpolitik seines Regimes nochmals mit allem Nachdruck bestätigt. Darauf folgte überall in der Welt ein höchst negatives Echo, das die Kluft zwischen Wollen und Können einer derart schroffen Erpressungstaktik noch schärfer als bisher erscheinen liess. Vielleicht wären diese unangenehmen Folgen der arroganten Herausforderung für Breschnew und seine Clique nicht so gravierend gewesen, hätte sie die tschechoslowakische Krise schnell und wirksam lösen können. Aber die ganze Ent-

wicklung im Herbst und zu Anfang des Winters hat das Gegenteil gebracht. Der passive Widerstand der Tschechen und Slowaken hat tiefe Wurzeln geschlagen. Auf einmal stand Moskau vor einem neuen Phänomen: In Prag verbreitete sich die oppositionelle Basis gegen die Wiederkehr eines stalinistischen Systems von den bisherigen Trägern, den Intellektuellen, Studenten und dem Reformflügel in der kommunistischen Partei, auf die breiten Massen der Arbeiterschaft, wobei die Gewerkschaften nunmehr die Führungsspitze der Opposition bildeten. Breschnews Versuch, diesen Prozess durch den Druck auf das Dubcek-Regime zu bremsen, der im November bei den Verhandlungen in Kiew unternommen wurde, versandete in wenigen Wochen. Nunmehr setzte im Kreml eine Kritik an den Methoden des Parteichefs ein, dem politische Indolenz, Kurzsichtigkeit, Konzeptionslosigkeit und Ähnliches vorgehalten wurde. Die Militärs machten geltend, dass sie die bewaffnete Intervention exakt und vorbildlich realisierten, aber die politische Führung habe versagt. Anscheinend kam es auch zu Spannungen zwischen der Parteibürokratie Breschnews und der Regierungsbürokratie Kossygin. Aus einigen Symptomen konnte man die Schlussfolgerung ziehen, dass der internationale Apparat Suslows und die Gruppe der Jungtürken unter Schelepin ebenfalls den Parteichef – wenn auch aus verschiedenen Motiven – bedrängten. Suslow sah die verheerenden Folgen der Breschnew-Doktrin im internationalen Kommunismus, Schelepin intrigierte gegen den Chef zu Hause und im Ausland, um so die Position Breschnews zu schwächen. Inmitten dieser Auseinandersetzungen fielen die Pistolenschüsse des Attentäters Ende Januar vor den Kremлтoren. Sie bedeuteten einerseits ein Memento für Breschnew, andererseits aber brachten sie auch eine Ernüchterung im inneren Zwist, denn auf einmal erkannte die ganze Spitze der herrschenden neuen Klasse, dass sie es mit einer radikalen Opposition zu tun habe, die nicht einmal mehr vor dem Terror zurückschreckt.

Gegenoffensive Breschnews

Der Generalsekretär der Partei entschloss sich zu handeln. Zuerst zog er nacheinander die Verbündeten aus Osteuropa zu Rate: Kadar, Gomulka, Ulbricht und Schiwkoff. Aus diesen Beratungen entstand der Gedanke eines taktischen Rückzugs, mit dem die drohende Isolierung gebannt und der verloren gegangene diplomatische Spielraum zurückgewonnen werden sollte. Die Vorzeichen der neuen Taktik traten anlässlich der vorher vom Kreml vom propagandistischen Sperrfeuer bedrohten Wahl des westdeutschen Staatsoberhauptes in Westberlin zutage. Die Sowjetunion liess die Drohungen zu Gunsten einer weichen Taktik fallen. Gleichzeitig wurden dem neuen amerikanischen Präsidenten Nixon Beschwichtigungsgesten und Offerten für die Erneuerung des Dialogs auf der Grundlage des Status quo unterbreitet.

In die Neubeginnende Phase der friedlichen Koexistenztaktik platzte der sowjetisch-chinesische Konflikt am Fluss Ussuri. Der Hintergrund dieser Affäre ist bis zum heutigen Tage ungeklärt. Zwei Thesen stehen sich gegenüber: Vielleicht befürchteten die Chinesen, dass die Sowjets aufgrund der falschen Informationen eine Berlinkrise mit Erfolg durchsetzen und einen Zuwachs an Macht und Prestige gewinnen würden. Aus einer solchen Prämisse heraus hätte Mao Tse-tung ein Interesse daran gehabt, durch eine Provokation die Sowjets als Angreifer anzuprangern. Die andere Version lautet, dass Breschnew seinen Grenztruppen, die nicht den Militärs, sondern dem Polizeiministerium unterstellt sind, die Anweisung zur Entfesselung eines Grenzkonfliktes gab, um zweierlei zu erreichen: Ablenkung von den Vorgängen in Berlin, wo die Bundespräsidentenwahl vor sich ging, und folglich auch vom Vorwurf der Passivität der Sowjets auf den Zugangswegen; zum zweiten aber, und das dürfte noch schwerwiegender sein, die eigene Bevölkerung für einen solidarischen Widerstandsgeist gegen die «chinesischen Aggressoren» zu gewinnen. Die Entfesselung der

antichinesischen Hetze mit dem gleichzeitigen Appell an die nationalistischen und chauvinistischen Emotionen der Russen hat sich nämlich in den nachfolgenden Wochen und Monaten als ein brauchbares Mittel für die Stärkung der Autorität Breschnews erwiesen. Für jedermann ist auf diese Weise sozusagen klar geworden, dass man in der Stunde der Bedrohung seitens der «gelben Feinde» die Kontinuität der Macht unter allen Umständen wahren muss.

Unmittelbar danach hat Breschnew seine taktischen Fähigkeiten bewiesen, indem er die Budapester Konferenz des Warschauer Paktes veranstaltete. Damit hat er nicht nur die Vorwürfe seiner Kritiker entkräftet, dass er nichts unternahme, um die antisowjetische Front der westlichen Imperialisten, tschechoslowakischen und jugoslawischen Revisionisten sowie der rumänischen Nationalisten zu sprengen. Er hat der westlichen Diplomatie einen Köder zugeworfen, an dem die nach dem Überfall auf die CSSR entstehende Abwehrfront des Westens binnen kurzer Zeit zerbrach. Hinter dem diplomatischen Rauchsleier der Budapester Offerte für eine europäische Sicherheitskonferenz gelang es Breschnew, endlich die zweite Abwürgung der Tschechoslowakei zu wagen, über die der gesamte Westen einige Krokodilstränen verlor und dann zur Tagesordnung im Sinne der friedlichen Koexistenz mit dem Kreml überging.

Neue Vorstöße und Erfolge

Auf der Basis der gelungenen Operationen ist Breschnew an neue Aufgaben herangegangen, die dazu bestimmt sind, seine Autorität in der sowjetischen Hierarchie und unter den kommunistischen Klienten im Ausland zu festigen. Er wagte sogar, die machthungrigen Militärs in ihrem Appetit zu zügeln. Solange Breschnew die Generalität als Verbündeten brauchte, räumte er ihr immer neue Konzessionen und ein gewisses Mitspracherecht in den politischen Angelegenheiten ein. Daraus ergaben sich je-

doch Gegensätze, die die allgemeinen Fragen der Aussenpolitik, Sicherheitsprobleme und strategisch-politische Fragen betrafen. Die Generalität hat offenbar nicht nur ihre Zweifel an den politischen Fähigkeiten Breschnews im Falle der Tschechoslowakei angemeldet, sondern sie hat ihre Bedenken gegenüber dem Engagement im Nahen Osten und der Fahrlässigkeit bei der Sicherung der langen Grenze zu China geäußert. Vermutlich hat Breschnew durch seine Mittelsleute Meldungen über den drohenden Bonapartismus in den Westen lancieren lassen. Als diese Berichte dann zu einer Lawine wurden, hat der Parteiapparat eine politische Operation durchgeführt. Es erfolgte ein Schlag gegen die Ansprüche der Armee, von dem die Aussenwelt bisher nur einen Bruchteil erfuhr. Die fortdauernde Serie von Todesnachrichten aus der Führungsgruppe der Roten Armee hat von Ende April bis Mitte Mai ahnen lassen, dass sich hinter den Kremldauern eine dramatische Auseinandersetzung abgespielt hat. Breschnew gelang es, von den wichtigsten Armeeführern wie den Marschällen Gertschko, Jakubowski, Jeremenko, dem Chef des Generalstabes Sacharow und vielen anderen Kommandeuren aller Waffengattungen anlässlich des Jahrestages des Sieges über Deutschland Loyalitätserklärungen zu erhalten, in denen die absolute Anerkennung des Primats der Partei ausgedrückt wurde. Um diesen Vorsprung noch deutlicher zu machen, hat Breschnew die traditionelle Militärparade am 1. Mai annulliert und anstelle der üblichen Rede des Verteidigungsministers selbst zum Volk gesprochen. Vorteilhaft sind für Breschnew die Abmachungen Ostdeutschlands mit dem Irak und Kambodscha. Der Kremelherrscher kann das auch für sein Konto buchen. Was Chruschtschew trotz allen Bemühungen nicht gelang, ist nunmehr unter Breschnew in zwei Fällen eingetreten: Die diplomatische Blockade der DDR ist durchbrochen worden. Damit kann Leonid Breschnew den Kritikern über die Stagnation der sowjetischen Deutschlandpolitik erfolgreich begegnen. Dies sind auch kleine

Mosaiksteine für die mit grossem Eifer vorbereitete kommunistische Weltkonferenz, die Anfang Juni in Moskau zusammentreten soll. Dazu gehört auch ein geschicktes Taktieren der sowjetischen Parteizentrale im inneren Streit der beiden finnischen kommunistischen Gruppen. Moskau hat sich gegenüber dem Konkurrenzkampf der Orthodoxen und Modernisten in Helsinki neutral verhalten. Das nützt der Propaganda Breschnews für die Einberufung des

Welttreffens. Auch die Beschwichtigungen gegenüber Rotchina, vor allem die wiederholten Verhandlungsofferten zur Beilegung der Grenzstreitigkeiten, soll demselben Ziel dienen. Breschnew braucht die terminmässige Eröffnung dieser Konferenz, denn sie soll die Konsolidierung seines vorübergehend erschütterten Regimes krönen.

Alexander Korab

FRANKREICH OHNE DE GAULLE

Das bruske Ende der Herrschaft Präsident de Gaulles, durch den General selber provoziert, bedeutet eine Zäsur nicht nur in der politischen Entwicklung Frankreichs und Europas, sondern der ganzen Welt. Zwar sind die befürchteten oder erhofften Änderungen nach dem Wechsel im Elysée bisher nicht eingetreten. Das so oft und bis zum Überdross beschworene drohende *Chaos*, das einem Rücktritt de Gaulles unmittelbar folgen werde, ist nicht gekommen. Frankreich hat sich in nüchterner Weise mit der neuen Situation abgefunden. Die notwendigen Übergangsmassnahmen sind, wie in der Verfassung vorgesehen, eingeleitet worden. Nur ein einziger Minister, *René Capitant*, hat aus Solidarität mit de Gaulle seine Demission eingereicht. Das ganze übrige Kabinett ist – vorläufig wenigstens – im Amt geblieben. Die Kontinuität bis zur Neuwahl des Präsidenten ist damit gewährleistet.

Symbol der französischen Nation

Die ruhige Atmosphäre, in der sich die Überleitung zur *Ära nach de Gaulle* vollzog, kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in Frankreich gegenwärtig ein *Umbruch* vollzieht, dessen Fernwirkungen noch nicht abzusehen sind. Fast dreissig Jahre lang hat die Nation – einmal stärker, einmal schwächer – im Banne de Gaulles gestanden. Seit am 18. Juni 1940 aus London der Appell erklungen war, trotz der ver-

lorenen Schlacht um Frankreich den Krieg selber nicht verloren zu geben, war de Gaulle in den dunkelsten Stunden der Besetzungszeit die Hoffnung für ein erneuertes Frankreich geblieben. Die Befreiung brachte im Jahre 1944 den Triumph des Glaubens an die eigene Sache, zugleich aber die ersten Enttäuschungen, als die Kluft zwischen Ideal und Realität sichtbar wurde. General de Gaulle, nunmehr Ministerpräsident, hat sich auch damals der vermeintlichen Wirklichkeit nicht gebeugt, sondern die Konsequenzen gezogen und sein Amt niedergelegt, als Frankreich Wege einschlug, die seinen eigenen Vorstellungen zuwiderliefen.

Nach zwölf Jahren selbstgewählten inneren Exiles kehrte er im Juni 1958 an die Macht zurück, als die Vierte Republik über der *Algerienfrage* in den Abgrund stolperte. De Gaulle schuf nun ein neues Frankreich mit einer Verfassung nach eigenem Zuschnitt, eine halbautoritäre Präsidialrepublik, in der das Staatsoberhaupt in seinen Entscheiden nur seinem eigenen Gewissen und der Nation gegenüber verpflichtet war, die von Zeit zu Zeit in einem Referendum zur Meinungsäusserung aufgerufen wurde. De Gaulle repräsentierte und symbolisierte zugleich Frankreich.

Erneuerung des Grossmachtsanspruches

Diese innenpolitische Basis erwies sich als tragfähig genug, um selbst Entscheide zu

erzwingen, die den Interessen jener zuwiderliefen, die de Gaulle 1958 den Weg ins Elysée geebnet hatten. Allen Widerständen zum Trotz entledigte sich der General der Hypothek des Algerienkrieges durch einen praktisch bedingungslosen *Rückzug aus Nordafrika*. Die so gewonnene aussenpolitische Bewegungsfreiheit benützte er, um Frankreichs selbständige und eigenwillige Haltung in praktisch allen wichtigeren Fragen der Weltpolitik zur Geltung zu bringen. Den Versuchen, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft durch den Beitritt Grossbritanniens zu erweitern, setzte er zweimal, 1963 und 1967, sein *Veto* entgegen. 1966 löste de Gaulle Frankreich aus den militärischen Verpflichtungen des *Nordatlantik-Paktes* und demonstrierte damit seinen Willen, künftig neben der amerikanischen Weltmacht als quasi Gleichgestellter eine Art Politik der freien Hand zu treiben.

Der Spielraum für die Kundmachung einer eigenwilligen Haltung in internationalen Fragen war praktisch unbeschränkt. De Gaulle wurde zum scharfen Kritiker der amerikanischen *Vietnampolitik*. Im *nahöstlichen Konflikt* bezog er eine Stellung, die nahezu identisch mit jener Moskaus war. Die von de Gaulle eifrig propagierte Annäherung an den Osten wurde von der Sowjetunion freilich mit betonter Reserve beantwortet – das Wort des französischen Präsidenten über das «Europa vom Atlantik zum Ural» musste in russischen Ohren einigermaßen befremdlich klingen. Aber dort, wo de Gaulles Desintegrationstendenzen zur *Aufweichung* des westlichen Bündnissystems führten, durfte der General des sowjetischen Applauses sicher sein.

So gelang es de Gaulle, Frankreichs Stimme im internationalen Konzert wieder Gehör zu verschaffen und Frankreichs Anspruch auf eine *Grossmachtstellung* zu erneuern. Diese Hebung des französischen Prestiges und Einflusses war in der Tat eine der erstaunlichsten Leistungen de Gaulles. Zweimal innerhalb einer Generation hat er – vornehmlich dank seiner Persönlichkeit, seinem Willen und seiner Ausdauer – Frankreich das *Selbstbewusstsein* einer grossen Nation wieder gegeben.

Risse im Gefüge des Gaullismus

Die Sammlung des ganzen Landes um einen *charismatischen Führer*, wie sie de Gaulle vorschwebte, blieb freilich ein Wunschtraum. Sein Drang, sich selbst und seine Politik bestätigt zu sehen, hatte ihn 1962 veranlasst, die Volkswahl des Präsidenten einzuführen. *Plebiszit* und *Wahl* sollten die stets erneuerte Legitimitätsbasis seines Regimes bilden. Aber bereits bei der Präsidentenwahl im Dezember 1965 erlebte de Gaulle die Enttäuschung, dass sich im ersten Wahlgang nur etwa 45 Prozent der Wähler um ihn scharten. Vollends in die Krise taumelte der Gaullismus, als im Mai 1968 in einer Streik- und Demonstrationswelle sondergleichen das ganze Gefüge der Fünften Republik auseinanderzubrechen schien. Die Zügel waren dem General offensichtlich entglitten, das Chaos bereits da. Aber noch einmal meisterte de Gaulle die Situation mit einem *Appell an die Wähler*, die der gaullistischen Partei zu einem spektakulären Erfolg verhalfen.

Die Risse waren zwar verkleistert, aber die Folgen der Unruhen des Mai und Juni 1968 lasteten schwer auf Frankreich. Erneut setzte der General seinen Willen durch, als er sich im November letzten Jahres weigerte, der zerrütteten Wirtschaft durch eine Abwertung aus den Schwierigkeiten herauszuhelfen. Die *Abnützungerscheinungen* waren in den vergangenen zwölf Monaten unübersehbar zutage getreten; trotzdem hätte de Gaulles Prestige zweifellos auch noch die nächsten drei Jahre bis zur Präsidentenwahl von 1972 überbrückt. Es bleibt das Geheimnis des Staatsoberhauptes, weshalb er in dieser Situation sein Amt aufs Spiel setzte durch ein Referendum, das in seiner Konstruktion verfehlt und dessen Ausgang von vornherein ungewiss war. Dogmatischer Starrsinn oder Resignation? Die Antwort darauf ist schwer zu geben. De Gaulle hat seine an Überraschungen und dramatischen Wendungen reiche Laufbahn um einen weiteren Coup – möglicherweise seinem letzten – bereichert.

Soll und Haben

Noch ist es schwierig, die *Bilanz* der Ära de Gaulle zu ziehen, um so mehr, weil man nicht weiss, ob die Demission des Präsidenten auch gleichzeitig das Ende der Fünften Republik bedeutet oder ob sich eine Epoche des *Gaullismus ohne de Gaulle* anschliessen wird. Positives und Negatives liegen noch nicht klar zutage. Aber einiges kristallisiert sich doch bereits heute heraus. In de Gaulle verkörperte sich ein *retardierendes Element* aller übernationalen Integrationsbestrebungen. Er hat die in den fünfziger Jahren aufgebrochene *Europa-Euphorie*, die vor allem die Bundesrepublik Deutschland ergriffen hatte, gedämpft. Er hat aber auch der Idee einer *atlantischen Verteidigungsgemeinschaft* manche ihrer Impulse genommen. Es wäre wohl verfehlt, in de Gaulles Politik nur das Destruktive zu sehen; in vielen Belangen war er nur Interpret und Vollstrecker unterschwelliger politischer Strömungen; er hat zahlreichen überschwenglichen supranationalen Illusionen die nüchterne Realität nationaler Egoismen entgegengesetzt.

Wenn als Ganzes genommen die Auswirkungen der Herrschaft de Gaulles doch unter überwiegend *negativen Vorzeichen* stehen, so deshalb, weil sich dem Präsidenten die Grenzen zwischen nationalem Anspruch und tatsächlicher Machtmöglichkeiten schliesslich zu verwischen begannen. Die Herauslösung Frankreichs aus der Militärorganisation des Atlantikpaktes hat die Verteidigungsmöglichkeiten des Westens in schwerstem Masse beeinträchtigt, ohne eine gleichwertige Alternative zu schaffen. Eine Verteidigung «nach allen Azimuten»,

wie sie de Gaulle propagierte, musste die französischen Kräfte – militärisch, technisch, politisch und wirtschaftlich – bei weitem übersteigen; es war eine *phantastische Konzeption* analog jener des «Europa vom Atlantik zum Ural», das die Existenz der beidseits des Urals gelegenen Sowjetunion einfach grosszügig ignorierte.

De Gaulle hinterlässt der Welt nach seinem Abgang eine Reihe *schwerer Probleme*. Da seine Politik, entsprechend seinem Drang nach Grosszügigkeit, nach «*grandeur*», langfristig angelegt war, wird ebenfalls nicht von heute auf morgen eine Änderung eintreten. Die Nachfolger de Gaulles werden jedoch nicht darum herumkommen, einige *Positionen* der französischen Politik zu überdenken. Sie können dabei aus einer verhältnismässig *günstigen Stellung* heraus operieren, da sie als Erbe nicht einen Scherbenhaufen, sondern ein relativ wohlgeordnetes Staatswesen übernehmen, dessen Selbstbewusstsein in den elf Jahren gaullistischer Herrschaft gestärkt worden und dessen wirtschaftliche und technische Basis, trotz der Rückschläge des vergangenen Jahres, intakt ist. Gleichzeitig ist auf der anderen Seite des Atlantik in den *Vereinigten Staaten* eine neue Administration dabei, sich aus den Verstrickungen zu lösen, die die Ära Kennedy-Johnson hinterlassen hat. Die Voraussetzungen für eine fruchtbare Neuüberprüfung der Beziehungen zwischen dem freien Europa und Amerika, die nach wie vor ein Hauptfaktor der internationalen Politik darstellen, sind damit vorhanden. Wie sie genützt werden, wird die Zukunft zeigen.

Fabius

VERWIRRUNG IN AMERIKA

Man wird es heute möglicherweise als überholt betrachten, wissenschaftlich nicht exakt ergründbare Themen aufzuwerfen, wenn es Probleme zu besprechen gilt, die ein ganzes Land betreffen. Andererseits be-

herrscht das, was man gemeinhin als «Politik» bezeichnet, sozusagen alle Lebensbereiche. Fordert man heute irgendeinen Zeitgenossen auf, die wichtigsten Probleme aufzuzählen, die in den Vereinig-

ten Staaten noch der Lösung harren, so nennt er ohne Umschweife den Vietnamkrieg, die Negerfrage und die Studentenunruhen. Jedermann weiss zwar, dass es sich hierbei um Probleme handelt, die sich womöglich in der Praxis überhaupt nicht mehr bewältigen lassen. Um so leichter kann man ihnen mit entschiedenen, militärisch-prägnanten und statistisch erhärteten Feststellungen zu Leibe rücken. So fällt es relativ leicht, sich damit auseinanderzusetzen – mindestens auf intellektuelle Weise, und das heisst heute auf wissenschaftlicher Basis. Auf dieser Tatsache beruht denn auch die grosse Popularität dieser Fragen.

Moral im Wandel

Dagegen spricht man fast nie über die moralische Problematik der amerikanischen Gesellschaft, entzieht sich diese doch einer wissenschaftlichen und politischen Betrachtungsweise. Selbstverständlich pflichtet fast jedermann der Ansicht bei, sie liege allen andern Problemen zugrunde; aber eine Art akademischer Prüderie steht einer Untersuchung über die Bedeutung der moralischen Problematik als dem Ursprung anderer Fragen entgegen. Erst die Feststellungen zweier Nicht-Amerikaner haben unlängst dazu geführt, dass die ganze Angelegenheit, wenn auch nur für einen flüchtigen Augenblick, in den Brennpunkt unseres Bewusstseins rückte.

James Reston, ein gebürtiger Schotte und heute der prominenteste unter all den bekannten Leitartiklern der «New York Times», schrieb kürzlich, die anlässlich der Beisetzung General Eisenhowers vorgebrachten religiösen Lieder seien für die Amerikaner unserer Tage völlig bedeutungslos. Die in einem dieser Lieder enthaltene Wendung «faith of our fathers – Glaube unserer Väter» entbehre heute jeden Sinnes und werde sogar abgelehnt. In der Tat erhellt aus einer ganzen Reihe massgebender Urteile des Obersten Bundesgerichts, welche die Verfassung der USA auf eine ziemlich umstrittene Art und Weise aus-

legen, dass in den öffentlichen Schulen keine Gebete mehr erlaubt werden können und dass das religiöse Element, die Bezugnahme auf Gott, bei verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen aufgegeben werden sollte. Zur Zeit diskutiert man sogar darüber, ob es den Armegeistlichen nicht zu verbieten sei, in ihren Feld-Predigten Gott zu erwähnen. Reston kommt zum Schluss, dass «wir möglicherweise nicht mehr glauben, jedoch daran festhalten, dass es uns gestattet ist zu glauben». Hier handelt es sich zugegebenermassen nicht um Religion, sondern um einen sozialen Mythos. Und soziale Mythen lassen sich durch andere ersetzen...

Arnold Toynbee, ein anderer langjähriger Beobachter Amerikas, machte sogar noch viel kategorischere Aussagen: Er verglich den gegenwärtigen Zustand der Nation mit der Niedergangsphase der Römischen Republik kurz bevor sich das Cäsarentum durchsetzte. Nach Toynbees Ansicht sind die Amerikaner hartherzig, heuchlerisch und gewalttätig. Sie haben keinen Sinn für das Tragische, können es daher nicht begreifen, wollen es sich vom Leibe halten und leugnen sogar seine Existenz. Folglich, so stellt Toynbee fest, reagieren die Vereinigten Staaten immer wieder falsch auf die Herausforderungen unserer Zeit.

Aussagen von der Art, wie sie Reston und Toynbee machen, erscheinen dem Leser wie dahintreibende Eisberge; denn normalerweise bleibt für ihn der grössere, unter der Wasseroberfläche befindliche Teil, auf dem diese Aussagen beruhen, unsichtbar. Da nun aber in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts das, was Amerika beschäftigt, auch die übrige Welt beschäftigt, verdient das hier vorliegende – echte – Problem mehr als eine nur flüchtige Betrachtung. Man könnte heute in Abwandlung eines Ausspruchs Napoleons III. über den Sozialismus sagen: «Wir alle sind heutzutage Amerikaner.»

Das ganze Problem der «changing morality» in den Vereinigten Staaten beruht im wesentlichen auf der puritanischen Vergangenheit des Landes. «Wir spüren

zur Zeit die Auswirkungen der repressiven Atmosphäre, die wir in unseren Familien, Kirchen und Schulen gepflegt haben. Es war uns geradezu verboten, überhaupt einen Körper zu haben. Heute suchen wir nach einer neuen Moral.» Dieser Ausdruck stammt von Pater *John Culkin*, dem Direktor des Diskussions- und Versammlungszentrums an der katholischen Fordham-Universität. Und er hat weitgehend recht.

Die Sexwelle – Puritanismus mit anderem Vorzeichen?

Nach wie vor bleibt aber die Frage: Handelt es sich bei der «neuen Moral» um eine Reaktion auf den Puritanismus, oder bedeutet sie im Gegenteil eine neue Variante des Puritanismus, die auf ihre Art ebenso extrem ist wie die ältere Version, nämlich der Ausbeutung des Körpers für wissenschaftliche und industrielle Zwecke? Würde dies nicht heissen, dass der Körper an sich wiederum negiert wird? Die jüngsten Entscheide des Obersten Bundesgerichtes würden eine solche Interpretation bestätigen. Das Bundesgericht legte zum Beispiel dar, von «Obszönität» könne nicht gesprochen werden, solange ein Kunstwerk – ein Buch, ein Film oder eine Illustration – einen «angemessenen sozialen Wert» aufweise. Wer aber definiert nun diesen «sozialen Wert»? Und nehmen wir einmal an, die Obszönität beeinträchtigt den sozialen Wert, der einem Kunstwerk allenfalls sonst noch zukommen mag...

So geben beispielsweise die Verleger offen zu, dass sie von Kinderbüchern, die über sexuelle Dinge handeln, grosse Verkaufserfolge erwarten. Den Hauptteil eines Kinderbuches, das nächstens bei Harper & Row erscheint, bildet eine homosexuelle Episode im Leben zweier 13jähriger Knaben. Ein anderes Buch, «*The Long Secret*», handelt über die erste Monatsregel eines Mädchens, und in «*Harriet the Spy*» berichtet die Hauptperson, wiederum ein Mädchen, über Rauschgiftsucht,

Ehescheidung und Alkoholismus. Dass es sich hier um Puritanismus mit umgekehrtem Vorzeichen handelt, geht schon aus der Tatsache hervor, dass Verfasser und Verleger diese ganze Literaturgattung als «erzieherisch wertvoll» bezeichnen; sie helfe dem Kind, seine «gefühlbedingten Probleme» zu bewältigen. Einer dieser Schriftsteller, *John Donovan*, gab sogar der Hoffnung Ausdruck, seine jugendlichen Leser würden die Bücher in ihre Klassenzimmer bringen und die entsprechenden Sachverhalte, namentlich Homosexualität, offen besprechen. Mit andern Worten: wenn die Rechte des menschlichen Körpers wieder zur Geltung gebracht werden sollen, wie dies Pater Culkin hofft und erwartet, so fragt es sich doch, ob dies auf dem Wege der Rechtfertigung von Obszönitäten durch «wissenschaftliche Analyse» in der Schulklasse und der kommerziellen Ausnützung der jugendlichen Buchkonsumenten erreicht werden kann.

Neue Tendenzen auf der Bühne

Die Theater- und Filmindustrie blasen ins gleiche Horn, ja sie geben sogar den Ton an. Heute haben Theater abseits des Broadway Stücke auf ihrem Spielplan, in welchen Abend für Abend auf offener Bühne der Geschlechtsakt vollzogen wird; dies gilt etwa für das Stück mit dem Titel «*Che*». In «*Dionysos 1969*» zelebrieren fünf nackte Männer und vier nackte Mädchen einen griechischen Ritus, indem sie sich auf der Bühne balgen und wild im Publikum herumtollen. Letztes Jahr war es das «*Living Theater*» mit Publikumsbeteiligung, nackten Schauspielern, Verbrennen von Geldspenden der Zuschauer auf der Bühne usw., und auch 1969 weist der öffentlich zur Schau gestellte Geschlechtsverkehr wieder eine ganz beträchtliche «Eskalation» auf.

Dabei zeigen sich die lokalen Gerichtsbehörden recht nachsichtig, sind ihnen doch infolge der langwierigen Prozesse vor dem Obersten Bundesgericht und des schliesslichen Einlenkens dieser Behörde

die Hände gebunden. Ausserdem gelangen solche Theaterstücke jeweils sogleich auf alle Campus-Universitäten, wo die Schauspielabteilungen nicht hinter der fortschrittlichen Entwicklung am Broadway zurückstehen wollen. Die früher berühmte Yale Drama School, welche unlängst noch das «Living Theater» praktizierte, befindet sich heute in völligem Durcheinander. In der Tat besteht zur Zeit Grund zur Annahme, die für die Inszenierung und Auf-führung eines Stückes erforderliche Disziplin werde wegen der in der Beckschen Schauspielgruppe herrschenden Anarchie noch völlig zerfallen.

Kürzlich nahm ich an einem Podiums-gespräch über das Thema «Jugend und Kunst» teil. Als ich die Ansicht äusserte, dass nichts künstlerisch genannt werden könne, solange es der angemessenen Formen entbehre, und dass sich diese Formen nur in einer langen und gründlichen Lehrzeit und dank der Disziplin von Körper und Geist gewinnen liessen, warfen mich meine Diskussionspartner – Bühnenschriftsteller, Schauspieler, Filmproduzenten und Komponisten – beinahe zum Saal hinaus. Im Gegensatz zu mir waren sie der übereinstimmenden Meinung, der Künstler befreie durch die künstlerische Selbstdarstellung seine Psyche von Neurosen und reisse das Publikum aus seinen überkommenen konservativen politischen Vorstellungen heraus, die ja auch nur ein Ergebnis psychologischer Repressionen seien.

Auflösung der sozialen Struktur

Es kann sein, dass Phänomene dieser Art in anderen Gesellschaften absorbiert, isoliert oder sublimiert werden. Aber jene andern Gesellschaften blicken vielleicht doch nicht auf eine derart monolithische Vergangenheit zurück wie die Vereinigten Staaten. Von allem Anfang an gab es hier *eine* Verfassung, *eine* Regierungsform, *einen* grundlegenden Mythos von Gottes auserwähltem Land. Wie Toynbee feststellt, blieben den USA Tragödien stets erspart, und er fügt bei: «Selbst wenn ich

meine Frau oder meinen Sohn verliere, erwartet man von mir, dass ich lächle; denn das Eingeständnis einer Tragödie läuft dem amerikanischen Mythos vom Optimismus zuwider.» Ein Blick auf die jüngere Generation – nicht auf die randalierenden Studenten, sondern auf normale junge Leute mit eher konservativen Neigungen – ist sehr aufschlussreich: Sie kennen die Ursachen der Demoralisierung, der sie anheimzufallen drohen, nicht recht. Aber ihr Glaube an den amerikanischen Mythos ist erheblich erschüttert. Alles und jedes in ihrer Umgebung wird in Frage gestellt, ins Lächerliche gezogen oder abgelehnt. Kaum identifizierbare Einflüsse aus dem In- und Ausland bedrängen diese Leute. Nach jedem Ansteigen des Brutto-sozialproduktes und nach jedem geglückten Raumfahrtsunternehmen erscheint ihnen das graue Alltagsleben unerträglicher; Verantwortung übernehmen sie nur mit grösserem Widerwillen; Schritt für Schritt löst sich die soziale Struktur auf.

Der alte Mythos erweist sich gerade noch als stark genug, um zu verhindern, dass neue Mythen aufkommen und sich in der Seele des Volkes verankern. Der zur Schau gestellte Optimismus verwandelt alle verborgenen Sorgen – seien sie geistig und schöpferisch oder nihilistisch und zersetzend – in die nur allzu bekannten Schlagworte von «Fortschritt», «Dynamik» und «Wohlstand». Jede echte neue Regung wird damit in ausgefahrene Geleise abgeschoben. Schliesslich fühlt sich jedermann in seinen Bemühungen zurückgebunden und zeigt einen noch ausgeprägteren Hang zur Gewalttätigkeit.

Es mutet seltsam an, dass der eigentliche Grund für die Studentenrevolten der extremistischen Linken gerade in der allgemeinen Auffassung wurzelt, in den USA sei jede Revolution *unmöglich*. An den verschiedenen Universitäten, an denen ich tätig bin, kamen redliche «Revolutionäre» zu mir und gaben ihrer felsenfesten Überzeugung Ausdruck, sie seien an einem letztlich hoffnungslosen Unternehmen beteiligt. Solch düstere Aussichten tragen nun nicht etwa dazu bei, sie zu besänftigen;

vielmehr fördern sie ihre verzweifelte Gewalttätigkeit, welche wiederum von den Massenmedien und den kommerziellen Interessen ausgeschlachtet und als Anlass für allerlei bürokratische Vorkehrungen genommen wird. Plötzlich stehen dann die Möchtegern-Revolutionäre im Rampenlicht; anstatt für eine neue, bessere Welt zu kämpfen, sehen sie sich gleichsam auf eine Bühne gestellt, zur Unterhaltung des Fernsehpublikums. All dies scheint dazu angetan, dem jetzigen System ewige Dauer zu verleihen.

Während diese überall spürbare Nachgiebigkeit der Gesellschaft sogar den Elan unentwegter Revolutionäre lähmt, gibt es auch ein weniger beachtetes Nebenprodukt dieser Nachgiebigkeit, nämlich die Ausbreitung der Kriminalität. Ein Blick auf die Statistiken des FBI belehrt uns, dass die Zahl der Verbrechen wie Mord, Überfall, Nötigung, Vergewaltigung, Brandstiftung und Raub jährlich um etwa einen Drittel ansteigt. Ferner scheint es uns besonders alarmierend, dass die Kriminalität auch neue Bevölkerungskategorien, so namentlich die Jugend, erfasst. Der «soziale Mythos» versucht nun, mit diesem Problem auf zwei verschiedene Arten fertigzuwerden: Entweder bestreitet er, dass das, was gemeinhin als Verbrechen gilt, tatsächlich ein Verbrechen sei; die amerikanische Gesellschaft werde jetzt eben fortschrittlicher, und man solle keine kriminelle Handlung sehen, wo es sich doch nur um eine Äusserung des Ich handle. Oder man führt die Verbrechen auf die ungünstigen sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten zurück, so etwa auf Ghettos, gesellschaftliche Diskriminierung und auf die infolge des Vietnamkrieges leidenschaftlich erregte Atmosphäre.

Diese beiden Argumente mögen zwar unvereinbar scheinen. Auf jeden Fall passen sie aber zur neuen Version des puritanischen Mythos, denn beide bestreiten den Eigenwert der menschlichen Natur und ihrer Triebkräfte und Aggressivität. So protestierten beispielsweise nach der Verhaftung einer Gruppe der «Black Panthers», die in grossen New Yorker

Warenhäusern zur Hauptgeschäftszeit vor Ostern eine Bombe zur Explosion bringen wollten, Hunderte meist weisser Demonstranten vor dem Gerichtsgebäude; sie verlangten die Freilassung der festgenommenen Bombenleger. Es gibt offenbar überhaupt kein Verbrechen – es gibt nur das Übel der Konsumentengesellschaft...

Nichts Neues unter Nixon

Wird sich die Lage jetzt, nach dem Wechsel der Administration, ändern? Vor den Präsidentschaftswahlen schrieben sowohl liberale wie konservative, demokratische wie republikanische Kommentatoren, Richard Nixon werde eine neue Wertordnung schaffen und mit neuen Richtlinien für künftige Massnahmen aufwarten. Zur Zeit, da ich diesen Artikel schreibe, sind die «ersten hundert Tage» der Amtszeit des neuen Präsidenten noch nicht abgelaufen. Aber schon heute lässt sich feststellen, dass überhaupt keine Änderung der Lage in Aussicht steht.

Nixon sagte in seiner Inaugurationsrede, die Probleme der Vereinigten Staaten seien geistiger Natur; daher müssten auch geistige Mittel zur Abhilfe gefunden werden. Gerade dieser Satz erfüllte viele Republikaner und vor allem die konservativen Bevölkerungskreise mit grossen Hoffnungen. Ihre Enttäuschung ist daher heute um so grösser – ein Umstand, der ganz beträchtlich zur Verschlimmerung der moralischen Krise beiträgt. Denn bis heute konnte der ruhebedürftige Teil der Bevölkerung die Schuld an allem Bösen den Demokraten, besonders John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson, zur Last legen. Wer sich für Richard Nixon eingesetzt hatte (etwa die gleichen Kreise, die 1964 Goldwater unterstützt hatten und zahlreiche neue Anhänger), erwartete nicht nur einen politischen Wechsel, sondern auch eine moralische Erneuerung. Mittlerweile sind diese Leute fast völlig aus der Fassung geraten. Ihre Ratlosigkeit ist noch grösser als nach der Wahlniederlage Goldwaters. Denn heute residiert ja der Mann

ihrer Wahl im Weissen Haus, und dennoch ist im ganzen Land offensichtlich alles gleich geblieben wie zuvor. Dies gilt sowohl für die Aktionen als auch für die offizielle Rhetorik. Diese Tatsache bringt es mit sich, dass sich in weiten Kreisen ein Gefühl der Schwäche, der Nutzlosigkeit irgendwelcher Aktionen und des Fehlens konkreter Ziele verbreitet.

Gesucht: ein neuer Juvenal

Andere Staaten, wo man seit jeher die Trennung zwischen Regierung und Volk als normal betrachtet, mögen sich in ähnlichen Situationen befinden. Dies müsste aber dort noch lange keine verhängnisvollen Folgen haben. Die Bürger der Vereinigten Staaten hingegen sind der festen Überzeugung, dass sie von der Regierung vertreten werden, ja dass sie selbst die Regierung verkörpern. Die aus lokalem Rahmen hervorgegangene Initiative und die lokale Selbstverwaltung bilden seit jeher die Grundlage des politischen Lebens der USA, mindestens entsprechend der allgemeinen Erfahrung und Überzeugung der Bürger. Heute kann man nur noch feststellen, dass es um diese Erfahrungen und Überzeugungen, gelinde gesagt, sehr schlimm bestellt ist. Dies heisst nun aber, dass unter den bisher ruhigen Amerikanern sehr rasch eine Ansicht um sich greift, wie sie die rebellierenden Amerikaner schon lange hegen: dass man nämlich nur mit Gewaltmassnahmen die *Dinge ändern* könne, dass das politische Leben bedeutungslos sei, dass die Macht um ihrer selbst willen erstrebt werden müsse und nicht

zum Dienst am eigenen Land und Volk. Kurz, sowohl von links als auch von rechts droht uns der Nihilismus – ja er droht sogar von der «Mitte», da mit der Ausbreitung des Extremismus in Wort und Tat die überkommene Anständigkeit des Durchschnittsamerikaners sinnlos, ja geradezu strafbar geworden ist. Bezeichnenderweise schlug sich *Carl Hess*, der wichtigste Berater Senator Goldwaters in der Wahlkampagne von 1964, auf die Seite der Neuen Linken; mindestens bedient er sich seit einiger Zeit einer Art von Hippie-Sprache und schreibt heute Artikel für die Zeitschrift «Playboy».

Es ist eine schwere und undankbare Aufgabe, die Rolle des Juvenal zu übernehmen. Dies gilt für jede Gesellschaft, ganz besonders aber für das Rom des 2. Jahrhunderts und für das Amerika des 20. Jahrhunderts. Die Rolle fällt mindestens den Zeitgenossen in den Vereinigten Staaten etwas leichter, da hier eine ganze Reihe von Persönlichkeiten in der Art Juvenals ihre Warnrufe von allen Seiten her ertönen lassen. Andere glauben, die «neue Moral» sei weiter nichts als eine Modeerscheinung, lautstark wie alle neuen Marotten, aber doch einem baldigen Untergang geweiht. Nach ihrer Ansicht ist Amerika ein Land, wo das Leben im grossen und ganzen seinen gewohnten Gang geht und wo die überschüssigen Energien ab und zu in Zügellosigkeiten verpuffen. Offenbar stehen sich wieder einmal – wie schon so oft – Cassandra und die Soziologen diametral gegenüber.

Thomas Molnar

ISRAEL IM WANDEL

Trotz der nicht unbeträchtlichen politischen Belastung geht in Israel der Prozess der staatlichen Konsolidierung unaufhaltsam weiter. Hier entsteht eine neue Nation, die wenig mit dem «Image» zu tun hat, das sich die Welt vom jüdischen Menschen

macht; es entwickelt sich ein neuer Typ von Staatsbürger – eine Synthese rassischer, sozialer und religiöser Elemente und anderer Faktoren der Geschichte.

Israel hat noch immer kein festes Gepräge. Jede Einwanderungswelle verändert

die Züge des Landes; die Wirtschaft gerät nach jeder neuen Erschütterung ins Schwanken und nimmt neue Merkmale an. Aber mit etwas Intuition ist festzustellen, dass Israel gerade durch das lose Zusammentreffen so vieler *heterogener Elemente* eine reiche Kultur in sich aufnimmt, zusammengesetzt aus den vielen Lebensformen Nordafrikas, Asiens und der Länder Europas, und dass diese Kulturen sich gegenseitig befruchten.

Wandel der Problemstellung

In den etwas mehr als zwanzig Jahren seines Bestandes seit der Staatsgründung hat sich die Einwohnerzahl verfünffacht; die grosse Spanne zwischen den notleidenden, kulturell tiefstehenden und den hochzivilisierten Bürgern ist im Abnehmen begriffen, und der *Prozess des Einschmelzens* zu einer festen Gemeinschaft hat begonnen. Mit seinem Streben nach Erneuerung steht Israel übrigens im Mittleren Osten nicht allein da; es besteht kein Grund dafür, es als ein fremdes Element in dieser Region anzusehen. Wenn Israel auch ein moderner, nach dem Westen hin orientierter Staat ist, so sind doch sein Ursprung und seine Geschichte tief im Orient verwurzelt. Den europäischen Pionieren folgten Wellen afrikanischer und asiatischer Einwanderer; ihr Verhältnis beträgt jetzt etwa 40 : 60.

Die Kolonisation dieses Landes hat viel gemeinsam mit anderen Versuchen der Verpflanzung westlicher Sozial- und Wirtschaftsstrukturen in ein fremdes Gebiet. Hier geschieht, was einst in Australien, in den Vereinigten Staaten, in Südafrika sich abspielte. Doch ein wichtiger Faktor unterscheidet diese gegenwärtige Kolonisation von früheren Bewegungen: Sie ist nicht allein durch wirtschaftliche Impulse gekennzeichnet, sondern vorwiegend durch *ideologische*. Es war eine nationale und soziale Renaissance. So führte diese Entwicklung, die gleich anderen neuen Fällen über eine sozial-politische Bewegung ging, zur nationalen Freiheit. Die Pioniere aus den Ghettos Europas wurden die Führer

dieser Bewegung, und sie bildeten dann den Kern der Gesellschaftsstruktur. Sie sind heute die führende Klasse und politische Wegweiser.

Mit den Jahren sind die Ideologien der Pioniere, die den Grundstein der neuen Nation legten, einer nüchternen Auffassung gewichen, und sie wurden durch fest umrissene *staatsbürgerliche Prinzipien* ersetzt. Die neuen Menschen der letzten zwanzig Jahre haben gar keine rechte Vorstellung von dem Stadium, in dem das Land sich zur Zeit der Kolonisation befand; sie kamen, um dem Elend in ihren Herkunftsländern und den Verfolgungen zu entgehen. Mit ihrer Einwanderung in Israel hatten sie nur zu gewinnen: einen höheren Bildungsstand, sozialen Aufstieg. Oft – so bei den Flüchtlingen aus Asien und Nordafrika – fehlten ihnen sowohl die elementarsten Begriffe von staatsbürgerlicher und persönlicher Verantwortung für die Gemeinschaft als auch das Wissen um den eigenen menschlichen Wert.

Von allen Problemen erwies sich als brennendstes das der *Integration* von Menschen verschiedener Kulturschichten und überaus verschiedener sozialer Orientierung. Dies führte erst einmal zu der Tatsache, dass die neuen Gruppen sich auf einfache Berufe zu konzentrieren begannen, in denen Berufsausbildung und Erziehung eine geringe Rolle spielen. Die ethnische Herkunft wurde demnach ein wichtiger Faktor der sozialen Ordnung, und er übertrug sich auch auf andere Gebiete, wie zum Beispiel auf die Politik. In der Zusammensetzung des Volkskörpers ist heute die untere Mittelklasse hervorstechend; die wirtschaftliche Lage der noch tiefer liegenden Schichten ist sehr prekär. Trotz verschiedener sozialpolitischer Massnahmen zur Behebung dieser ethnischen Schwierigkeiten, die das Leben des Landes stören, ist die Lösung dieses Problems noch nicht gelungen. Es spielt auch eine Rolle in den Mischheiraten, die im Sinne der Gruppenverschmelzung erwünscht sind. Wohl heiratet ein Jugendlicher westlicher Herkunft ein Mädchen orientalischer Familien, doch sehr selten tritt der umge-

kehrte Fall ein, und diese Abneigung scheint sich mit der Zeit eher zu verstärken. Dies hat seinen Grund zweifellos in der höheren Selbständigkeit und besseren Erziehung der westlich orientierten Frau.

Die oben genannte Neigung zur unteren Mittelklasse entwickelt sich mehr und mehr, und zwar trotz der Tatsache starker ideologischer und politischer Grundsätze der Arbeiterbewegungen. Es ist interessant, dass selbst ein Drittel der gesamten Bevölkerung der Kibbuzim, der Kollektivsiedlungen, sich als zur Mittelklasse gehörig betrachtet.

Im Mittelpunkt: Erziehungsprobleme

Die grundlegende Prägung, die dieser Prozess der Staatswerdung auf den israelischen Menschen hatte, war die *nationale Selbstbesinnung*. Dieser Begriff umfasst nicht nur den Patriotismus, sondern mehr: den Blick auf die Zugehörigkeit zum Judentum und dessen Traditionen und geistiger Werte. Im Mittelpunkt aber steht das Bewusstsein, weder anonymer Bürger eines fremden, souveränen Staates zu sein noch einer mehr oder weniger geduldeten Minderheit anzugehören. Dieses sichere Gefühl der Staatsangehörigkeit ist besonders bei jüngeren Menschen stark ausgeprägt und umfassend. Ältere Bürger spannen ihre Ideen je nach ihrer Herkunft und der Tiefe ihrer geistigen Schulung weiter. Dieser Zug zum nationalen Bewusstsein ist vielleicht das wichtigste und hervorstechendste Merkmal des Israeli, das diesen von den Juden der übrigen Welt unterscheidet.

Es haben sich bereits auch andere Merkmale im Staatsleben herauskristallisiert, die erwähnenswert sind. Da ist zum Beispiel das äusserst intensive *Studium der Bibel* und damit im Zusammenhang das *Studium der Geschichte und Archäologie* des Landes. Die vielen Vorträge und Kongresse von Instituten und Gesellschaften werden nicht nur von Forschern, sondern von allen Schichten des Laienpublikums besucht. Ein anderer typischer Zug ist die Kultur der Kibbuzim. Von ihnen ging

eine ganz neue Bewegung aus: die Schöpfung und Pflege volkstümlicher Literatur und Kunst, ferner eine neuartige Interpretation der Festtage als Volks- und Erntefeste und des Passah-Festes als ausgesprochen historischen Festes der nationalen Befreiung.

Hier ist auch die Wiederbelebung der *hebräischen Sprache* und Literatur zu nennen. Aus der toten Bibelsprache hat sich in wenigen Jahren eine moderne Kultursprache herausgebildet; neue Worte, die dem öffentlichen und wissenschaftlichen Leben gerecht werden, wurden durch Sprachforscher aus dem historischen Wortschatz herausgebildet. In dieser Sprache ist eine ganz neue Prosa und Poesie im Entstehen, die bereits über die Grenzen des Landes hinaus bekannt zu werden beginnt.

Ferner fällt das weitausgedehnte System der *Erwachsenenbildung* auf, die zum kulturellen Aufstieg der unwissenden, meist analphabetischen Massen aus dem Orient intensiv gepflegt wird. Die Schulung der Erwachsenen wird als unbedingte Voraussetzung des staatsbürgerlichen Bewusstseins angesehen.

In den Zeiten der Kolonisation wurde besonderer Nachdruck auf physische Arbeit und die Notwendigkeit des Schutzes besiedelter Landstriche gelegt. Der Sinn für die produktive Arbeit der Hände fand tief Eingang in das Denken der israelischen Gemeinschaft. Mehr und mehr interessiert man sich jetzt auch für grosse soziale und wissenschaftliche Hilfsprogramme in jungen Ländern in Asien und Afrika. Hier setzt der noch so lebendige Pioniergeist des Israeli ein.

Wie die Erwerbung von Kenntnissen ein wesentlicher Punkt zur Gesellschaftsbildung ist, so ist es auch die *Jugend-erziehung*. Von grösster Bedeutung ist dabei die geplante Verschmelzung der einzelnen Volksgruppen, das heisst die Einführung der aus rückständigen Gemeinden stammenden Kinder in die moderne Gemeinschaft Israels und die Anpassung an die westlich orientierten Gruppen moderner Prägung. Gleichzeitig wird aber auch

auf die Bewahrung der starken Familienbande der patriarchalischen Ordnung und anderer ethischer Ansprüche von beachtlichem Wert geachtet. Hier haben sich vielfach Schwierigkeiten und Missverständnisse gezeigt. Die Kinder der orientalischen Familien werden manchmal dem Elternhaus *entfremdet*, indem Autorität und Einfluss der Familie durch die Schule ersetzt werden. Solche Erscheinungen sind allerdings nicht nur in Israel, sondern auch in gewissen europäischen Ländern zu beobachten. In Israel tritt nun noch die Beschäftigung mit Sport und vielleicht bereits einem Ausbildungsfach hinzu, so dass die Kinder oft den ganzen Tag in der Schule und der Kindergemeinschaft gehalten werden. In Entwicklungsregionen werden die Kinder sogar nachmittags planmässig mit konstruktiven Beschäftigungen auf dem Schulgelände gehalten, um sie vor der Strasse und ihren Gefahren zu bewahren. Sodann nimmt die Schule sich auch ihrer Gesundheit und ihrer kulturellen und sozialen Probleme an. In dieselbe Richtung weisen die Tätigkeit der verschiedenen Jugendbewegungen, die Berufslehre und früh genug auch die Vorstufe zum Militärdienst. All dies macht die Kinder sehr selbständig und ernst und in bezug auf Tagesfragen gut informiert.

Wenn auch die elementare Schulerziehung im demokratischen Sinne jedem Jugendlichen kostenlos zugänglich ist, spielt vorläufig der soziale Hintergrund noch eine grosse Rolle. Infolge der Verschiedenheit des sozialen und kulturellen Niveaus werden laufend neue Experimente gemacht und neue Wege eingeschlagen. Während bei einer so schnell anwachsenden Bevölkerung das Erziehungswesen sich mächtig ausgedehnt und differenziert hat, gibt es doch noch verschiedene hemmende Faktoren, so den Mangel an ausreichenden Mitteln, die Differenzen in den Ansichten und Ideologien der Eltern und der Lehrerschaft usw., so dass von einer Vereinheitlichung des Lehrsystems noch keine Rede sein kann. Immerhin streben aber auch die Kinder orientalischer Herkunft mehr und mehr nach höherer Schul- und Berufs-

ausbildung und beginnen in den gehobenen Berufen und an den Hochschulen zu erscheinen.

Es wurde übrigens in letzter Zeit ein gewisser Rückgang der Beteiligung an der *Jugendbewegung* beobachtet. Während früher diese Vereinigungen das Zentrum der Jugendkultur bildeten, wird jetzt der Schwerpunkt mehr und mehr auf Schule und Familie verlagert. Es mag sein, dass dies auf den wachsenden Zufluss der Kinder orientalischer Emigranten zurückzuführen ist, die lieber in Organisationen mitmachen, die auch noch eine Fachbildung vermitteln. So dient die Jugendbewegung als Bindeglied zwischen Jugendlichen und Gesellschaft.

Wie überall ist auch in Israel eine gewisse Spannung zwischen den Eltern und Kindern zu beobachten, die aber nicht ideologische, sondern persönliche Gründe hat. Sie begann in den Kreisen kultivierter Familien und in den grösseren Städten. Auch hier gibt es ein Problem des jugendlichen Verbrechertums, dessen Ziffern sich aber bei weitem unter denen der westlichen Länder bewegen.

Ein grosser Nachteil für die Entwicklung des jugendlichen Geistes ist die politische Abgeschlossenheit, die in ihrer Folge eine wirtschaftliche und kulturelle *Isolation* mit sich bringt. Dadurch ergibt sich eine innere Ichbezogenheit des jungen Israeli, eine falsche Beurteilung der Dimensionen, die nur durch fortschreitende Bildung und besonders durch Auslandsreisen berichtigt werden kann. Dies ist leider nur einer Minderzahl von Jugendlichen möglich.

Soziale und wirtschaftliche Fragen

Auf dem *Lande* entwickeln sich neue Lebensformen. Neben den bereits oft beschriebenen Kibbuzim entstehen in den Entwicklungsgegenden die «Moschawim», das heisst Kooperativdörfer, wo Einwanderer leben und Landwirtschaft treiben. In geringem Masse existiert daneben eine Klasse wohlhabender privater Grundbesitzer. Mit der wachsenden Mechani-

sierung erstreben auch die Landwirte mehr und mehr Freizeit und eine bequemere Lebensform.

Die grösste Entwicklung aber ist in den *Städten* zu spüren. Hier entsteht eine wachsende Differenzierung der Berufe und der sozialen Schichtung. In etwas geringerem Masse trifft dies auch auf die kleineren Städte zu, und auch sie zeigen viele moderne Züge, die natürlich wiederum je nach ihrer ethnischen Zusammensetzung und ihrer Geschichte verschieden sind.

Hat nun Israel entsprechend der Losung der Pioniere – «Erlösung des Bodens» – als Landwirtschaftsstaat begonnen, so beschreitet es jetzt mehr und mehr den *Weg zur Industrialisierung*. Allerdings nimmt noch heute die Produktion und Ausfuhr von Orangen und anderen Lebensmitteln den wichtigsten Platz ein; daneben aber gewinnt die Ausbeutung der Naturschätze wie der Pottasche und der Mineralien des Toten Meeres usw. zunehmend an Bedeutung, ferner auch die Textil- und Maschinenindustrie. Nach Ansicht der Experten steht dem Lande ein grosser technischer und industrieller Aufschwung bevor, der wirtschaftliche und soziale Veränderungen mit sich bringen wird. Es sei gerade, so meint man, diese peinvolle Isoliertheit, die so stimulierend wirkt, denn es müssen notgedrungen Waren im Lande produziert werden, die bei grösserer Bewegungsfreiheit eingeführt werden könnten. Wenn auch Israel sehr wenig Rohstoffe besitzt, so hat es doch bereits grosse Erfahrungen in der Montage eingeführter Maschinenteile und kann sich der immer vollkommener werdenden Transportmöglichkeiten bedienen. Man hat in den letzten Jahren interessante Erfahrungen in der Ausbildung der Neueinwanderer zu tüchtigen Technikern gesammelt; die Lehrkurse für junge Leute sind auf das Prinzip «Lernen durch Arbeit» (Earn while you learn) eingestellt. Natürlich macht sich auch hier ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften bemerkbar, und es besteht die Absicht, mehr und mehr Frauen zur Arbeit in Industriebetrieben heranzuziehen. Bisher stand die israelische

Frau in der industriellen Produktion eher im Hintergrund; um sie in Betrieben beschäftigen zu können, sollen eigens leichtere Bedingungen jeder Art für sie geschaffen werden.

Die Minderheiten

In Israel gibt es bekanntlich verschiedene *Minderheiten* wie moslemische und christliche Araber, Samaritaner, Drusen usw. Ihre Gesamtzahl beträgt ungefähr 1 400 000 Personen. Ihre administrative und soziale Einreihung in das Staatswesen stellt natürlich weitere Probleme. Selbstverständlich geniessen sie volle Bürgerrechte, ebenfalls Gemeinde- und religiöse Rechte, doch das Vorhandensein von so starken Minderheiten übt einen mächtigen Einfluss auf die Formung der israelischen Gesellschaftsstruktur aus, insbesondere im Hinblick auf die grossen kulturellen Kontraste und die gegenwärtigen politischen Komplikationen. Während bei der jüdischen Bevölkerung die Grenzen zwischen Orient und Abendland allmählich überbrückt werden, ist dies bei den Minoritäten nicht der Fall. Jüdische und arabische Schulen haben notgedrungen unterschiedliche Lehrgänge; in den letzteren ist das Arabische die Umgangssprache. Natürlich lernen zahlreiche arabische Kinder auch in jüdischen Schulen und besuchen auch Fach- und Hochschulen, und in den Städten mit gemischter Bevölkerung leben die arabischen und jüdischen Bewohner eng zusammen. Doch fällt es den Angehörigen der Minderheiten schwer, in die dynamische israelische Gesellschaft einzudringen und ihre Stellung dort zu behaupten. So müsste zum Beispiel die traditionsgebundene patriarchalische Lebensform geändert werden, in der die Stellung der Frau noch ganz rückständig ist.

Doch auch hier tritt allmählich ein *Wandel* ein, und es bildet sich eine standardisierte Gesellschaftsform heran, die viele international bekannte Züge trägt. So ist ein Schwinden der Macht und des Einflusses der Grossgrundbesitzer zu spüren,

und die Jugend distanziert sich von den alten Formen. Sie fordert Selbständigkeit in Berufs- und Gattenwahl; sie strömt den zahlreichen neu eingerichteten Berufskursen und höheren Schulen zu – eine neue Klasse einer modernen arabischen «Intelligentsia» ist im Entstehen. Trotz aller Freiheiten und Möglichkeiten und trotz der planmässigen Förderung gegenseitiger Kontaktnahme hängt jedoch viel von der Entwicklung der aussenpolitischen Lage ab.

Ein anderer bemerkenswerter Faktor ist die rasche Entwicklung der *Wirtschaft in den arabischen Gebieten*. Seit dem Sechstage-Krieg von 1967 hat sich die Beschäftigungsziffer in der Industrie mehr als verdreifacht, und sie stände noch höher, wenn nicht die Unsicherheit der politischen Situation hemmend wirkte. Viele Fabriken konnten sich modernisieren und sind nun imstande, rationeller zu produzieren. Ihre Erzeugnisse finden im israelischen Markt restlos Absatz.

So steht die Gesellschaft Israels noch immer in raschem Wandel, und noch

wissen wir nichts Bestimmtes über das endgültige Gesicht des neuen Staates. Inzwischen wächst eine neue Jugend heran, die bereits im Lande selbst geboren wurde; ihr wird die endgültige Prägung der Lebensform der politischen und sozialen Wege des Staates obliegen. In ihr werden sich die Ideale der Eltern, die aus den Ländern des Westens und des Orients kamen, mit den Anliegen ihrer nahöstlichen Heimat verschmelzen. Viele Wunschbilder der Väter und auch viele der heiss gehegten Traditionen der orientalischen Gruppen werden dabei verblassen.

Die neuen Entwicklungstendenzen werden sich noch zu bewähren haben, vielleicht einmal unter neuen Bedingungen, wenn Israel nicht mehr als eine isolierte, stets wehrhafte Nation leben muss. Vorläufig bildet Israel die einzige Demokratie im Mittleren Osten, deren Regierungsform und sozialer Zuschnitt stabil und kräftig genug sind, um wirtschaftliche und kulturelle Schöpferkraft zu entfalten.

Hannah Petor

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Ein schweizerischer Präsident des Europarates

Neutralität und Solidarität, so heisst die Devise der schweizerischen Aussenpolitik, wobei stets die Meinung damit verbunden war, dass es sich um *aktive* internationale Solidarität handeln müsse. Man kann sich fragen, ob die Aussenpolitik unseres Landes in den letzten Jahren diesem Grundsatz wirklich voll gerecht geworden ist. Vergleichbare andere Kleinstaaten wie etwa Schweden, Holland oder Belgien traten auf der weltpolitischen Bühne weit häufiger in Erscheinung. Und wenn es sich bei näherem Zusehen auch immer wieder zeigt, dass die Wirkung von Vorstössen jener Länder letzten Endes nicht allzu gross zu sein

pflügt, so fragt man sich doch hin und wieder, ob die Schweiz nicht da und dort etwas mehr in Erscheinung treten könnte.

Um so erfreulicher ist auf einem solchen Hintergrund nicht übertrieben grosser aussenpolitischer Betriebsamkeit die Tatsache, dass die Konsultativversammlung des Europarates am 12. Mai mit Nationalrat Olivier Reverdin einen Schweizer auf den Präsidentenstuhl berufen hat. So wertvoll die guten Dienste der Schweiz auch sein mögen, die von unserer Diplomatie ständig in aller Welt unauffällig und zuverlässig geleistet werden, so wichtig ist es daneben, auch an exponierten Stellen repräsentativer Art noch mehr in Erscheinung zu treten. Denn die aussenpolitische Tätigkeit eines neutralen Kleinstaates wird nun

einmal nicht allein nach den Arbeitsstunden von willig zur Verfügung gestellten Hilfsorganen, sondern auch nach der optischen Präsenz in den Spitzengremien internationaler Organisationen bewertet.

«Friedensschluss» mit Italien

Während die Aussenbeziehungen zu den meisten andern Nachbarstaaten durch diplomatische Courtoisie charakterisiert sind (hinter der sich zwar manchmal recht handfeste Interessengegensätze verbergen), gibt es in den letzten Jahren im Verkehr mit Italien häufig Situationen, in denen es nicht ohne südländisches Feuerwerk abgeht. So bietet die Fremdarbeiterfrage immer wieder Zündstoff. Und kürzlich ist nun der sogenannte «Lastwagenkrieg» entbrannt. Es ging um Meinungsdivergenzen im Dreiländer-Lastwagenverkehr. Den Italienern war die von der Schweiz geforderte Marge von Transittransporten durch Schweizer Firmen zu hoch; die Schweiz ihrerseits wollte nicht zusätzliche Schwerlastwagen italienischer Herkunft auf ihren Strassen. Zwischenhinein trug auch ein Streik der italienischen Zöllner noch zur immer grösser werdenden Verwirrung bei.

Am 9. Mai ist es nun zu einem «Friedensschluss» gekommen. Bundesrat Bonvin und der italienische Verkehrsminister trafen sich in Lugano und fanden einen Kompromiss: Die Marge der Bewilligungen wurde gesenkt; der italienische Transit durch die Schweiz wurde weitgehend auf den Schienenweg verwiesen. So herrscht wieder Ruhe an unserer Südgrenze ... bis zum nächsten Mal.

Politisches Konjunkturrittertum oder echter Reformwille?

Anfangs Juni muss das Schweizervolk als Folge eines Referendums der Studenten über das ETH-Gesetz abstimmen. Die politische Ausgangslage ist dabei recht unübersichtlich. Zwar hat der weit überwiegende Teil der Parteien die Nein-Parole ausge-

geben. Man kann sich aber füglich fragen, was diese Parolen wirklich wert sind, das heisst wie weit ihnen das Volk folgen wird. Die Annahme, dass da und dort vorab taktische Überlegungen mit im Spiel waren, ist sicherlich nicht abwegig: Man möchte nicht als «reaktionär» etikettiert werden; man glaubt, nicht «gegen die Jugend» sein zu können; man möchte ein Alibi der Reformfreudigkeit haben, und wäre es nur, um auf diese Weise «mit im Spiel» zu bleiben.

Und doch wäre es sicherlich falsch und ungerecht, diese ganze «Flucht nach vorn» der Parteien, die meist gegen den Willen der entsprechenden Fraktionen geschah, als reinen Opportunismus zu deklarieren. Die Parolen entsprangen wohl vielmehr der Einsicht, dass die ursprüngliche Entscheidungsebene sich inzwischen geändert habe. Aus der Fragestellung im Parlament, ob die Technische Hochschule Lausanne dem Bund übergeben werden solle, ist es zur Fragestellung gekommen, ob es nicht an der Zeit sei, den Technischen Hochschulen überhaupt ein modernisiertes Statut zu geben. Tatsache ist, dass praktisch alle Kreise *beide* Fragen bejahen. Im Grunde geht es nur um das Verfahren, um das Problem nämlich, ob es zweckmässiger sei, das Gesetz jetzt zurückzuweisen und damit eine sofortige Revision gewissermassen zu erzwingen, oder aber die Überführung der EPUL zunächst zu sanktionieren und in einer anschliessenden Phase die eigentliche Hochschulreform in Angriff zu nehmen. So ist man geneigt, den Vorwurf politischen Konjunkturrittertums zurückzuweisen und den Parteien so oder so echtes Verständnis für die Reformanliegen der Studenten zuzubilligen.

Totalrevision an der Schwelle der zweiten Etappe

In den letzten Wochen ist die erste Etappe der Totalrevision unserer Bundesverfassung abgeschlossen worden. Parteien, Kantone und Universitäten haben ihre Antworten zum «Fragenkatalog Wahlen» ein-

gereicht. An der Kommission Wahlen ist es nun, die Auswertung vorzunehmen und Schlussfolgerungen zuhanden des Bundesrates zu ziehen. Im Lauf des nächsten Jahres hofft sie, der Landesregierung ihre Anträge unterbreiten zu können. Dann erst wird auch die grundsätzliche Frage «Totalrevision – ja oder nein?» spruchreif werden.

Eine vorläufige Zwischenbilanz ergibt ein eher zwiespältiges Bild. Tatsache ist, dass in vielen Gremien gute Arbeit geleistet worden ist. Sie wurde allerdings dadurch erschwert, dass unsere Generation offensichtlich nicht mehr gewohnt ist, die Optik einer «Politik der kleinen Schritte», wie sie den eidgenössischen Alltag charakterisiert, durch eine Sichtweise der längerfristigen und grundsätzlichen Perspektiven zu ersetzen. Das trifft selbst für die Staatswissenschaft zu, die sich in der jüngsten Vergangenheit weitgehend auf staatsrechtliche Detailfragen konzentriert und spezialisiert hat.

Tatsache ist aber auch, dass die politische Prominenz nur zum geringsten Teil Zeit und Kraft fand, sich an der «eidgenössischen Auslegeordnung» aktiv zu beteiligen. Dieser Umstand könnte für die Zukunft der Staatsreform von Nachteil sein. Denn es ist nicht auszuschliessen, dass die bisherigen Vorarbeiten, die ja den für die Parteien unverbindlichen Charakter einer «Vernehmlassung» tragen, in einem späteren Stadium von der bisher abseitsstehenden Prominenz desavouiert werden könnten. Schon aus diesem Grunde erscheint es als unerlässlich, dass die Diskussion nun nicht etwa unterbrochen wird, bis der Bericht der Kommission Wahlen vorliegt. Es ist notwendig, dass die Staatsreform weiter im Gesichtsfeld der Öffentlichkeit bleibt, um die Angewöhnung an die grundsätzliche Optik stärker zu verankern und zu vertiefen. Darüber hinaus gibt es Einzelprobleme, an deren Lösung unverzüglich herantreten werden könnte.

Wenn es demgegenüber immer wieder Stimmen gibt, die von einer blossen «Sandkastenübung» reden, weil sie nicht an die politische Realisierbarkeit von tiefergrei-

fenden Reformen glauben, so ist mit allem Nachdruck darauf zu verweisen, dass das «helvetische Malaise» keine Erfindung, sondern eine politische Realität darstellt, mit der es fertig zu werden gilt. Die Motionen zur Totalrevision wurden nicht zuletzt im Hinblick darauf eingereicht, dass es nun an der Zeit sei, sich auf die Grundsätze unseres politischen Lebens neu zu besinnen und ernsthaft an Reformen zu denken. Nichts wäre schädlicher, als wenn nun der Eindruck entstünde, das «Establishment» sei nur um ein Alibi besorgt und kümmere sich im übrigen nicht wirklich um die Staatsreform. Mit einer solchen Haltung täte man unserem Gemeinwesen einen schlechten Dienst. Die Absicht der Motionäre könnte auf diese Weise ins Gegenteil umschlagen: Das Malaise würde durch eine «Reformübung» ohne echten Reformwillen der politischen Führungsschicht nur noch schlimmer.

Bewegung im Schulwesen

Mit der Initiative für eine Koordination des Schulwesens aus BGB-Kreisen ist auch äusserlich Bewegung in die Schulpolitik gekommen. Zwar muss man feststellen, dass gerade in diesem Bereich auf der Basis der Erziehungsdirektorenkonferenz schon recht viel geschehen ist. Andererseits ist es aber doch ein Gebiet, das in den Diskussionen um eine Föderalismus-Reform immer wieder stark zu reden gibt. Im Zeitalter der Mobilität, des häufigen Wohnortwechsels auch über die Kantonsgrenzen hinweg, ergeben sich durch die Verschiedenheit der Schulsysteme Reibungsverluste, die bei den betroffenen Eltern immer grösseren Ärger hervorrufen.

Am 12. Mai ist nun die Konferenz der Erziehungsdirektoren ihrerseits an die Öffentlichkeit getreten, um Rechenschaft über ihre recht weit fortgeschrittenen Arbeiten abzugeben. Wie weit der von ihr angestrebte Konkordatsweg wirklich gesamt-eidgenössisch realisierbar sein wird, muss sich zwar erst noch weisen. Doch wäre es sicherlich ein echt schweizerischer Weg, der

dem staatspolitisch nicht zu unterschätzen- den Umstand Rechnung tragen würde, dass die Schulhoheit praktisch das letzte intakte Bollwerk kantonaler Souveränität darstellt.

Kantonale Wahlgänge

Nach wie vor steht auf parteipolitischer Ebene die Frage im Vordergrund, ob der 1967 geradezu sensationell anmutende Vormarsch des Landesrings weiterhin anhalte. Die Wahlgänge der letzten Zeit geben darauf keine eindeutigen Antworten. In Graubünden zum Beispiel verzichtete der Landesring auf eine Beteiligung am Wahlkampf. In Neuenburg versuchte er es zwar, aber er steckte eine Niederlage ein. In Solothurn anderseits gelang ihm ein eigentlicher Durchbruch mit dem Gewinn von 7 Mandaten. Charakteristisch ist dabei, dass auch dort, wie früher in anderen Kantonen so-

wie bei den Nationalratswahlen, die «historischen» Parteien unter sich keine Mandate abtauschten, dass aber alle mehr oder weniger Haare lassen mussten gegenüber dem Landesring.

Dieser Tatbestand dürfte einmal mehr bestätigen, dass sich die «Landesring-Welle» nicht zuletzt gegen das traditionelle Parteiensystem richtet. Es gibt offensichtlich eine latente Bewegung der Unzufriedenheit, die sich gegen die Regierungsparteien wendet und im Landesring ihr Sammelbecken findet. Die Antwort des «Establishments» müsste demzufolge weniger in einer massiven Gegenpropaganda als vielmehr in einer konsequenten Überprüfung der eigenen Politik bestehen. Ohne Zweifel ist nicht nur unsere staatliche Ordnung, sondern auch unser Parteiensystem der Durchleuchtung und Generalüberholung bedürftig.

Spectator

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Spekulation um die D-Mark

Das beherrschende wirtschaftspolitische Ereignis während der Berichtsperiode war zweifellos die *Spekulation um die D-Mark-Aufwertung*, die am 9. Mai mit dem Beschluss des Kabinetts der Bundesregierung, die Parität der D-Mark *nicht* zu ändern, ihren vorläufigen Abschluss gefunden hat. Man ist versucht zu sagen, dass der neue Wirbel um die D-Mark letztlich wohl Reflex tiefergreifender Strukturmängel der internationalen Währungsordnung ist, dass er aber in den vergangenen Wochen durch eine völlig unangemessene Behandlungsweise durch massgebende Vertreter der Bundesregierung erst zu den Dimensionen aufgeblasen wurde, die er schliesslich angenommen hat. Die Austragung von kabinettinternen Meinungsverschiedenheiten über Währungsfragen in aller Öffentlichkeit, insbesondere die unqualifizierte Redseligkeit von Finanzminister Strauss, hat

die Spekulation zu ihrem hektischen Treiben ermuntert.

Nachdem im November des letzten Jahres die Grosse Koalition sich noch einmütig gegen eine einseitige Aufwertung der D-Mark ausgesprochen hatte – die Bundesbank nahm allerdings schon damals eine andere Haltung ein –, ist nun sechs Monate später festzustellen, dass die währungspolitische Front der Grossen Koalition nicht mehr existiert. Bundeswirtschaftsminister Schiller hat sich zu einem dezidierten Aufwertungsbefürworter gewandelt; er befindet sich zweifellos in guter Gesellschaft, stehen doch die Bundesbank sowie der grösste Teil der Wissenschaft auf seiner Seite. Dagegen beharren Finanzminister Strauss und Bundeskanzler Kiesinger auf ihrem Standpunkt, dass eine D-Mark-Aufwertung nicht in Frage komme. «Solange ich Kanzler dieser Regierung bin, wird es keine Aufwertung der D-Mark geben», hatte Kiesinger im November 1968 ausge-

rufen. Und Regierungssprecher Ahlers betonte am 9. Mai lakonisch – jedoch wenig überzeugend –, dass der Nichtaufwertungsbeschluss auf «ewig» gelte.

Es ist nicht zu übersehen – und die Demoskopen haben dies mehrfach bestätigt –, dass eine Aufwertung in der Bundesrepublik unter der Bevölkerung wenig populär ist; die überwiegende Mehrheit der Bundesbürger lehnt eine solche Massnahme ab. Hat die Regierung Kiesinger bzw. die CDU/CSU bei ihrem Entscheid auf diese Situation Rücksicht genommen? Dies ist kaum in Zweifel zu ziehen. Der Beschluss des Kabinetts im Vorfeld der Wahlen (September) war durch *politische Überlegungen* mitbestimmt. Der Bruch geht mitten durch die Koalition und – entsprechend der spezifischen Interessenstandpunkte – auch mitten durch die Wirtschaft. Ist diese Wendung als das Ende der grossen Koalition zu deuten? Es ist mindestens nicht ausgeschlossen, dass die Spekulation um die D-Mark ihre Spuren bei der nächsten Regierungsbildung hinterlassen wird.

Divergierende Auffassungen

Es wäre aber zu einfach, wollte man den Beschluss des Kabinetts *allein* auf politische Motive zurückführen. Die Aufwertungsgegner können auch gewichtige wirtschaftliche Gründe ins Feld führen. Es hat sich gezeigt, dass sich die Bindung der in die EWG-Agrarmarktordnung aufgenommenen landwirtschaftlichen Güter an den Dollar/Gold-Standard zu einem ernsthaften Hindernis für Wechselkursänderungen entwickelte. Eine Aufwertung der D-Mark würde sich nämlich in einer substantiellen Einkommenseinbusse der deutschen Landwirtschaft bzw. in der Entstehung eines erheblichen Wettbewerbsvorteils vor allem der französischen Landwirtschaft ausdrücken. Die Korrektur dieser Effekte, entweder durch steigende Subventionen aus der Bundeskasse an die deutsche Bauernsamen oder eine Umgestaltung der Grundlagen für die Preise der Agrargüter in der EWG, ist mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden.

Ausserdem ist es fraglich, ob die Regierung gut beraten gewesen wäre, durch eine einseitige Aufwertung eine wirtschaftspolitische Karte auszuspielen, die sie möglicherweise im Rahmen internationaler Verhandlungen über eine Anpassung der Wechselkurse (Realignment) gut hätte gebrauchen können. Denn, auch das ist nicht von der Hand zu weisen, das Wechselkursproblem präsentiert sich nicht allein als eine deutsche Angelegenheit. Soll eine weltweit wirksame Beruhigung im Währungssektor eintreten, so wäre dazu zweifellos mehr als nur eine Aufwertung der D-Mark notwendig. – Ausserdem können die Aufwertungsgegner auf die *Konjunkturdämpfungsanstrengungen der USA* hinweisen, die ihre ersten Wirkungen zu zeitigen beginnen. Wird sich durch diese Entwicklung der Exportüberschuss der Bundesrepublik «von selbst» erledigen? Diese Vision scheint allerdings etwas kühn. – Weiter, so haben sich Aufwertungsgegner gefragt, wäre es sicherlich wenig klug, die Spekulation durch eine Aufwertung sozusagen zu honorieren.

Und endlich wäre darauf hinzuweisen, dass die Inflationsgefahr in der Bundesrepublik nicht nur importiert ist, sondern auch eine ausgesprochen *binnenwirtschaftliche Komponente* hat. Die ausgeprägt expansive Politik Schillers hat die Wirtschaft mit Liquiditäten «versorgt», die ebenfalls zur Entstehung der preisgefährdenden Boomsituation beigetragen hat. Man hat in Bonn zu spät erkannt, dass Schillers «Aufschwung nach Mass» in eine alle Voraussagen sprengende Dynamik hineingewachsen war. Die rechtzeitige Umschaltung von betonter Wachstumspolitik auf eine der Erhaltung der Preisstabilität dienende Politik wurde verpasst. Es ist nun aber offensichtlich, dass mit einer Aufwertung die binnenwirtschaftlichen Auftriebsfaktoren nur mittelbar getroffen werden.

Ebenso richtig ist natürlich das Argument Schillers, dass allein mit binnenwirtschaftlichen Massnahmen die aussenwirtschaftliche Flanke weiterhin entblösst bleibt, dass es, mit andern Worten, bei stabilen Wechselkursen unmöglich ist,

ohne Aufwertung den importierten Teil der Inflationsgefahr zu neutralisieren. Im Ausmasse der importierten Inflation muss sich eine *Anpassungsinflation* durchsetzen, eine Entwicklung also, die das deutsche Preisniveau in Bewegung bringt. Wenn die Optik nur auf die wirtschaftspolitische Bühne der Bundesrepublik gerichtet wird, so muss man zum Schluss kommen, dass eine Aufwertung im Interesse der Stabilhaltung der D-Mark gelegen hätte. Die Nichtaufwertung kann jedenfalls nicht mit der Sorge um die Erhaltung eines stabilen Geldwertes begründet werden.

Anhaltende Unsicherheit

Vor allem aber ist ins Licht zu stellen – und die Reaktionen der wichtigsten Finanzzentren stützen diese These –, dass durch das Vorgehen der Bundesregierung die D-Mark weiterhin *aufwertungsverdächtig* bleibt. Die abklingende Hektik an den Devisenmärkten wird kaum von sehr langer Dauer sein, weil sich die Spekulation weniger von verbalen Deklamationen, sondern in erster Linie durch Fakten beeindrucken lässt. Solange die internationale Wechselkursstruktur verzerrt bleibt, solange die Absichtserklärungen monetärer Behörden durch die tatsächlich existierende Lage desavouiert werden, kann der Währungssektor kaum zur Ruhe kommen.

Ein zweiter Unsicherheitsfaktor ist während der neuesten Währungskrise in Erscheinung getreten, nämlich der gewaltige Einsatz von *Eurodollars* für Spekulationszwecke. Es ist aufgefallen, dass der Zustrom von heissen Geldern nach der Bundesrepublik – er wird auf insgesamt 16 Milliarden DM geschätzt – wesentlich grösser war als der Devisenabfluss bei den Notenbanken jener Länder, aus denen die heissen Gelder flossen. Die Differenz kann nur vom Eurodollarmarkt stammen, von einem Markte also, den die Notenbanken mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Instrumentarium kaum zu beeinflussen in der Lage sind. Die Regierung Kiesinger hat mit ihrem Entscheid die Hoffnung verbun-

den, die D-Mark-Parität auf «ewig» stabil halten zu können; es scheint jedoch keine Frage, dass das letzte Wort über die D-Mark-Aufwertung noch nicht gesprochen ist.

Der eidgenössische Staatshaushalt 1968

In den wirtschaftspolitischen Gefilden der Eidgenossenschaft ist vor allem der günstige Abschluss der *eidgenössischen Staatsrechnung 1968* zu erwähnen. Die Rechnung hat besser abgeschlossen, als das Budget oder die Finanzprognosen erwarten liessen. Die Finanzrechnung brachte einen *Einnahmenüberschuss* von 157 Millionen Franken bei einem veranschlagten Ausgabenüberschuss von 180 Millionen Franken; die Verbesserung beträgt also 337 Millionen Franken. Unter Einbezug der Vermögensveränderungen resultiert für 1968 in der Gesamtrechnung ein *Reinertrag* von 558 Millionen Franken, gegen 205 Millionen Franken in der Rechnung 1967 und 92 Millionen Franken im Budget 1968. Diese zufriedenstellenden Ergebnisse kontrastieren deutlich zum finanzpolitischen Pessimismus, der in der Vergangenheit mehr und mehr um sich gegriffen hat.

Die Staatsrechnung 1968 hat ihr Gepräge insbesondere durch eine unerwartet gute Entwicklung der *Fiskalerträge* erhalten, hauptsächlich der Steuern, die rund 90% der Gesamterträge erbringen. Andererseits sind auch die *Ausgaben* weiter gewachsen, aber in einem gegenüber den Einnahmen geringeren Rhythmus. Sie haben trotzdem einen neuen *Höchststand* erreicht. Die stärkste Zuwachsrate verzeichnen dabei die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt. Der grösste Einzelposten entfällt nach wie vor auf die Subventionen; während sie 1957 noch 500 Millionen Franken betragen, sind sie nun nahe an die Grenze von 2 Milliarden Franken herangekommen! – Der gute Rechnungsabschluss wird nicht ohne Einfluss auf die künftige Gestaltung der Finanzreform bleiben.

Oeconomicus

STANDORTBESTIMMUNG DER MARKTWIRTSCHAFT

Die 4. Internationale Konferenz marktwirtschaftlicher Organisationen

Aus zehn europäischen Ländern sind auf Einladung des *Redressement National* im vergangenen Mai 17 Organisationen in Biel zusammengetroffen, die sich für das Konzept einer marktwirtschaftlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik vom Grundsätzlichen her und ohne spezifische Interessensbindung einsetzen. Der Vorsitzende wies als Vertreter der gastgebenden schweizerischen Vereinigung in seiner Begrüssungsadresse auf die Gründe hin, die eine vermehrte Zusammenarbeit dieser Organisationen über die Landesgrenzen hinweg als geboten erscheinen lassen. Wenn im Zuge der Integration wirtschaftliche Ordnungsfunktionen auf internationale Institutionen verlagert werden, sei um so mehr darauf Bedacht zu nehmen, dass bei zunehmender Arbeitsteilung in den grösseren Wirtschaftsräumen die Signale des Marktverlaufes nicht durch planwirtschaftliche Tendenzen ausgeschaltet werden. In allen europäischen Ländern seien überdies Strömungen sichtbar, welche in der heutigen technischen Welt die Ordnungskraft der Freiheit, die wir der sozialorientierten Marktwirtschaft zutrauen, in Zweifel ziehen. Auf dieses Phänomen der geistigen «Kontestation» kam insbesondere Minister *Gérard Bauer*, Präsident der *Fédération Horlogère*, in seinem einleitenden Referat unter dem Titel «*Demokratisierung contra Technokratie?*» zu sprechen. Er vertrat die Auffassung, dass die sich abzeichnenden Gegensätze zwischen der technisch bedingten Spezialisierung der Aufgaben und Zuständigkeiten einerseits und dem Drang nach plebiszitärer Beteiligung an den Unternehmerentscheiden andererseits zu einem fruchtbaren Ausgleich gebracht werden können, wenn die gerade durch die moderne Technik gebotenen Möglichkeiten einer vermehrten Teamarbeit und Aufwächerung der Führungskompetenzen auf ein breiteres Kader im Betrieb wahrgenommen werden. Wichtig sei auch eine weit-

gehende Information über die Geschäftspolitik der Unternehmung und der Wirtschaftsbünde, die in manchen Fällen durch prospektive Methoden ergänzt werden sollte.

Im Anschluss an diese Ausführungen befasste sich die Konferenz speziell mit der Frage der *Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei der Betriebsführung*. Die von Delegierten aus verschiedenen europäischen Ländern vorgelegten Berichte über Erfahrungen, die bisher in dieser Frage mit gesetzlichen Regelungen gemacht wurden, bestärkten die Konferenzteilnehmer in der Auffassung, dass eine Demokratisierung der Unternehmerentscheide weder der marktwirtschaftlichen Wettbewerbssituation, noch den echten Interessen der Arbeitnehmer zu entsprechen vermag. Hingegen soll das Mitspracherecht in allen Belangen, die die Betriebsbelegschaft direkt betreffen, ausgebaut werden. Nationalrat Dr. *A. Brunner-Gyr* wies in einem aufschlussreichen Referat ausserdem nach, dass die tatsächliche Verteilung der Zuständigkeiten in der modernen Unternehmung in manchen Punkten mit dem kodifizierten Recht nicht mehr übereinstimmt und dass entsprechende Änderungen des veralteten Gesellschaftsrechtes wünschbar wären.

Der zweite Teil der Tagung war den Erfordernissen einer verstärkten öffentlichen *Verständniswerbung für die freie Marktwirtschaft* und den Methoden einer engeren Zusammenarbeit der an der Konferenz beteiligten Organisationen gewidmet. Man gab sich Rechenschaft, dass die heutige Bedrohung der freiheitlichen Ordnung nicht nur vom Staat und von linksgerichteten Ideologien, sondern teilweise auch von Unternehmern selbst kommt. Den marktwirtschaftlichen Organisationen obliege es, nicht nur ein System zu vertreten, sondern darüber hinaus die moralischen Werte und sozialen Wirkungen zu betonen, die das System hervorzurufen habe: Humanität,

Gerechtigkeit, Durchschaubarkeit und Abbau überholter Autoritätsstrukturen. Zu diesen Fragen nahmen in besonderer Weise Nationalrat Dr. *Robert Eibel*, Zürich, und *Arthur Seldon*, ein bekannter Wirtschaftspolitiker aus London, Stellung. Es gelte, die Vorzüge der freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung durch konsequente Aufklärung und offensive Politik zur Geltung zu bringen. Dann sei kein Anlass zu Pessimismus.

Im öffentlichen Schlussteil der Konferenz in Bern sprach Professor *Ludwig Er-*

hard als Präsident der «INFRA», einer speziellen Institution zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit marktwirtschaftlicher Organisationen. Er warnte unter dem Titel «*Marktwirtschaft gibt individueller Freiheit neue Impulse*» eindringlich vor einer Reduzierung der Marktwirtschaft auf einen rein mechanischen Wirtschaftsprozess, der überdies durch ökonomische und soziale Datensetzung nach politischen Wünschen manipuliert werden könnte.

Eduard Seiler

NOTIZEN

Am 5. Juni begeht in Lugano-Cassarate der Nestor der Tessiner Schriftsteller und mehrfache Dr. h.c. *Francesco Chiesa* seinen 98. Geburtstag. Wir rufen in Erinnerung, dass der ehemalige Literaturlehrer und Rektor am Liceo Cantonale auch den Lehrstuhl für italienische Literatur an der Eidgenössischen Technischen Hochschule innehatte. Sein literarisches Gesamtwerk, Lyrik und Prosa, darf mit Fug als Grundlegung der neuen Tessiner Literatur bezeichnet werden.

*

Der Schriftsteller *Otto von Taube*, der in früheren Jahren auch zu den Mitarbeitern der «Schweizer Monatshefte» zählte, vollendet am 21. Juni 1969 sein 90. Lebensjahr. Er stammt aus baltischem Geschlecht, ist in Reval geboren, wuchs in Kassel und Weimar auf und lebt seit 1921 in Gauting bei München. Sein Werk umfasst Lyrik, Romane und Erzählungen, Erinnerungen und Übersetzungen.

*

In Hamburg ist von der Witwe des Schriftstellers eine Tucholsky-Stiftung eingerichtet worden. Die Stiftung fördert die internatio-

nale Verständigung im Geiste Tucholskys, gewährt Studenten der Germanistik, Publizistik, Soziologie oder Politologie Studienaufenthalte im Ausland.

*

Eine grundlegende Umgestaltung des philologischen Studiums durch eine getrennte Ausbildung von Sprachen- und Literaturlehrern hat der Konstanzer Anglist Prof. Wolfgang Iser gefordert. Seiner Meinung nach ist die lange respektierte Maxime, dass Literatur vor allem Ausdruck eines Nationalcharakters sei, provinziell und unhaltbar: «Literaturwissenschaft ist eine Wissenschaft von Texten und nicht von Nationen.» Folgerichtig sei auch im Schulunterricht die «Vermittlung von Bildungsgütern» nicht die primäre Aufgabe dieser Wissenschaft.

*

Das bisher von der amerikanischen «Special Libraries Association» getragene Übersetzungszentrum wird jetzt unter dem Namen «National Translations Center» von der John-Crerar-Bibliothek in Chicago weitergeführt.